

**Bezugspreis**  
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch  
die Post 3 M., monatlich 2 M.,  
einmalig 1 M., ohne Befreiung.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen.  
Nummer 532 des amtlichen  
Bezugs-Verzeichnisses.  
Für die Redaktion verantwortlich  
S. S. Albert Berlin in Halle.  
[Verlags-Verbindung mit Berlin und Leipzig.]  
Königs-Str. 17b.

# Saale-Beitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

**Anzeigen**  
werden die Spalte über deren Raum  
mit 20 Pfg., solche aus Halle mit  
15 Pfg. berechnet und in der Expedition,  
von anderen Annoncenstellen an allen  
Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Stetianen die Seite 60 Pfg.  
Erscheint täglich mit Ausnahme der  
Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen.  
[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur  
mit voller Quellenangabe gestattet.]

**Nr. 42. Halle a. d. Saale, Donnerstag den 19. Februar 1891.**

## Berlin und Friedrichruh.

Ein Berliner Blatt verbreitet in sensationellem Ausmaß die Nachricht, das Staatsministerium habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, fortan allen oppositionellen Ausstellungen der „Hamburger Nachrichten“ und der mündigen „Allg. Ztg.“ im offiziellen Regierungsorgan entgegenzutreten, ohne aber die Person des Fürsten Bismarck, der als der Urheber dieser Oppositionsbefreiungen gilt, zu erwähnen. Ein solcher oder ein ähnlicher Beschluß dürfte kaum aus der letzten Sitzung des Staatsministeriums, denn schon vorher hatte der Reichstag, mehrmals Veranlassung genommen, sich gegen die erwähnten Blätter zu wenden. Das Eine aber ist klar: die Regierung ist — schon die Kolonialpolitik des Herrn v. Caprivi hat das bewiesen — nicht mehr geneigt, die Angriffe des ehemaligen Kanzlers schweigend über sich ergehen zu lassen; sie will vielmehr den Kampf aufnehmen, den ihr so unerwartet angeboten wird. Fürst Bismarck mag in diesem Hinsicht einen Erfolg seines Ministeriums sehen, denn nur gegen einen beachtenswerthen Angreifer setzt man sich zur Wehr, während man den ungeschicklichen Gegner als quantitativ négligeable behandelt. Aber auch das deutsche Volk kam mit diesem Entschluß der Regierung wohl zufrieden sein, der einer einseitigen Kanonade ein Ende macht. Und was insbesondere die Presse betrifft, so kann sie, wie die „Allg. Ztg.“ zutreffend bemerkt, sich nicht wohl länger der Pflicht entziehen, zu der bemerkenswerten Erscheinung klare Stellung zu nehmen, daß ein Mann von der Autorität und Geltung des Fürsten Bismarck gleichsam als Cenfor jede Wendung der inneren und auswärtigen deutschen Politik mit seinen kritischen Bemerkungen begleitet und dadurch den maßgebenden Männern ihre Arbeit vielfach erleichtert.

Das Weltblatt kommt in seiner hier zitierten Betrachtung zum Resultat, man könne „nur mit Schmerz und Ingrimm“ sehen, wie Fürst Bismarck „nörgelnd und pottern“ hinter dem deutschen Reichswagen herläuft. Wir haben zu einer Zeit, wo die Leute der Kaiserin noch jeden sachlichen Widerspruch gegen die ehemalige Kanzlerpolitik als einen Beweis reichthümlicher Gesinnung darzustellen sich bemühen, nach Recht und Pflicht manche Maßregel des Fürsten Bismarck entschieden bekämpfen müssen; wir sind auch heute von dem Wunsche jenes Blattes nach einer „Bismarck ohne Bismarck“ recht weit entfernt; aber eben deshalb können wir auch die heutige Sachlage ganz erheblich kühler und nüchterner ansehen als die Interferenzpolitik, die ihre Sache jetzt durch den übereifrigen Bestand des Kanzlers kompromittirt zu sehen fürchten. Man rechnet mit der gerechten Stimmung, die angeblich an entscheidender Stelle gegen den Einsetzer der Friedrichruh herrschen soll, und deshalb fürchtet man — mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt — ein entschlosseneres Vorgehen gegen die Interessen der Grund- und Grundbesitzer, der Agrarier und Großindustriellen, gerade weil diese Interessen in den Organen für Friedrichruh eine so ungewöhnlich heftige Vertiefung finden. Auf der einen Seite sind es also seine alten prinzipiellen Feinde, die gegen den Fürsten Bismarck losstürmen, auf der anderen seine ehemals allerniedrigstgehenden Bewunderer, die jetzt seinen unbehaglichen Bestand niederzujagen möchten. Diese so verchiedenartigen Motive sind für uns nicht maßgebend, und so können wir unter vorläufiger Ausdehnung der persönlichen und mehr physiologischen interessanten Momente, in aller Gelassenheit dem Kampfspielte zuschauen, das nun bevorzulehen scheint.

Unter ungewöhnlichen Umständen ist Fürst Bismarck aus dem Amt geschieden; so dümel in mancher Hinsicht noch die Geschichte seiner allerletzten Regierungsperiode ist, so fest steht doch die Thatfache, daß er nicht freiwillig gegangen ist. Es konnte nicht ausbleiben, daß bei diesem Anlaß dem abtretenden Staatsmann ein recht außerordentliches Ehrendenken verliehen wurde, und man braucht nur daran zu erinnern, daß Herr Eugen Richter, in seinem Werke die „letzte Regierung“ des Fürsten Bismarck, eine nachträgliche Auszeichnung — nämlich das Bild des Altkönigs (1) geboten habe, um aus dieser und aus unzähligen ähnlichen Würdlosigkeiten zu erkennen, wie wenig sich diese Retrospektive auf einen noch ungenügend Lebenden in sachlichen und angemessenen Grenzen hielt. Die Regierung hat kaum jemals Veranlassung genommen, den früheren Kanzler zu verteidigen; sie hat darin durchaus sachgemäß gehandelt, denn sie ist auf mehr als einen wichtigen Gebiet von der durch Bismarck gewissen Strafe abgehoben, und wir sind gewiß die Letzte, ihr daraus einen Vorwurf zu machen.

In diesem Augenblicke aber, wo fast schon etwas wie eine Bismarck-Feste, zum größten Gaudium des zukunftsdenkenden Auslandes, im Gange ist, erfordert die Gerechtigkeit die Anerkennung gebührender. Fürst Bismarck sah sich schnell von seinen ehemaligen Anhängern verlassen, er sah seine Politik erkennungswürdig angegriffen und an entscheidenden Punkten durchbrochen, und er wäre nicht — er selbst gewesen, wenn er sein Lebenswerk nicht verteidigt hätte, verteidigt mit der ganzen Lebhaftigkeit seiner eifernden Natur, mit der ganzen Unerschrockenheit seines cholericen Temperaments. Daß er dabei im Interesse seiner Nachfolger ins Amt gearbeitet haben sollte, vermögen wir nicht zu glauben; nicht etwa, weil wir an der leidenschaftlichen Nachbitterei des Fürsten zweifeln, sondern weil wir ihn für viel zu scharfsichtig und menschenkundig halten, als daß ihm ein so außerordentliches Bestreben in der Wahl des Mittels zuzutrauen wäre. Hätte er sich friedlich auf sein Altenteil zurückgezogen und die überaus dankbare Rolle eines großen Reichs-Obermann übernommen, dann war die Möglichkeit eines weiterreichenden Einflusses auf den Gang der Reichsgeschichte nicht ausgeschlossen; mit dem Moment aber, wo er zu der vom Kaiser selbst eingeleiteten Politik in reichhaltigen Widerspruch sich setzte, war an eine Erneuerung enger Beziehungen zwischen dem

Monarchen und seinem ersten Kanzler nicht mehr zu denken. Es hieß, die politische Einsicht des Fürsten Bismarck dem doch alzu sehr untergeordnet, wollte man annehmen, daß er selbst dieses einfache Rationnement nicht ange stellt habe. Er ist offenbar von der Wichtigkeit seiner Politik durchdrungen, und darum tritt er in den ihm zur Verfügung stehenden Organen mit sich selbst in Bezug zum Bruch mit der Hochschätzung und für die Aufrechterhaltung der Zwangspolitik ein. Das ist sein gutes Recht, so wenig es sich auch mit seinen früheren Anschauungen über die Unterthanenpflicht der Hingebung an die Politik des Monarchen in Einklang bringen läßt, und wir würden jeden Versuch, ihn an der Ausübung dieses Rechtes zu hindern, außerordentlich bedauern. Ein verächtlicher ausführender Beamter, wenn er, wie man jetzt allseitig hört, gar nicht unternehmen werden; die Regierung wird sich auf eine sachliche Verteidigung gegen etwaige Angriffe beschränken, und wenn sie, im Besitz eines ungenügend großen Materials, auch künftig geschäftig zu Werke geht, so wird sie gewiß noch öfters in der Lage sein, wie in den Kolonialfragen den Fürsten Bismarck widerlegen zu können — durch den Fürsten Bismarck.

Eine gute Politik verteidigt sich übrigens selbst und kann auch durch das gewaltige Unsehen dauernd nicht geschädigt werden. Am Reich wie im Auslande weiß man heute, daß der ehemalige Kanzler auf den Gang der Staatsgeschäfte keinerlei Einfluß mehr besitzt, daß er ein „der aktiven Politik entrückter Privatmann“ ist. Wo man auf seine Worte hört, da gilt das Interesse der großen Persönlichkeit; das Reich ist dabei in seiner Weisheit irgendetwas verpflichtet. Wenn Fürst Bismarck heute behauptet, ohne die hohen Getreidepreise müßte der Bauernstand, der Port des Reiches, unerschütterlich zu Grunde gehen, so wird ihn die Zukunft eines Besseren belehren, wie ihn die Vergangenheit, seine eigene freischülerische Vergangenheit, schon jetzt belehren sollte, wenn er vor einem angeblich hinter dem Rücken der deutschen Regierung sich vollziehenden Einverständnis zwischen Oesterreich und Rußland warnt, so wird diese Warnung zwar keinen Schaden, wohl aber die Beachtung der Keiter unserer auswärtigen Politik hervorgerufen. Eine Gefahr für das Vaterland erblicken wir in dieser Kritik der Regierungsmäßigkeit ganz und gar nicht; dazu ist unser Vertrauen in die Einsicht der jetzt maßgebenden Staatsmänner ein zu festes und die Überzeugung zu sicher, daß es ihnen ohne besondere Anstrengung gelingen wird, ungerechtfertigte Angriffe zu parieren und Lustspiele auf das Haupt desjenigen zurückfallen zu lassen, der sie geführt hat.

In wesentlich anderer Beleuchtung aber stellen sich die in letzter Zeit nicht eben seltenen Fälle dar, in denen ohne sachlichen Rückhalt die jetzige Regierung als schwach, nachgiebig und unsicher hinzustellen versucht, die Minister verhöhnt und die Gesetze unruhiger Erregung in das Volk getragen wurden. Solchen unrentablen und für die ruhige Fortdauer der Regierungsgeschäfte nachteiligen Bestrebungen begegnen wir neuerdings nur allzu häufig in den Blättern, die vom Fürsten Bismarck inspirirt werden. Daß Fürst Bismarck diesen Bestrebungen fern liegt, wissen wir nicht, weiß niemand; sein Schweigen spricht gegen die Annahme. Und hier zeigt sich die Ungehörigkeit des ganzen Systems, das genau so verwerflich ist, wie das frühere verhängnisvolle Respektieren der Offiziere; der Respekt vor dem eigenen Ruhm und vor der eigenen Größe sollte den Fürsten Bismarck abhalten, sich ohne Verantwortung hinter anonymen Zeitungsartikeln zu verbergen, deren Autorität er nachträglich in aller Ungeheuerlichkeit von sich abwählen kann. Was er so jagt hat, was er nicht hinunterzuschreiben zu dürfen glaubt, das muß auch dem deutlich erkennbaren Charakter seines Ursprungs tragen. Die sachliche Kritik des Kanzlers hat die Regierung nicht zu fürchten und die Bevölkerung kann sich nur Nutzen ziehen, positiven und noch häufiger wohl negativen, der dann wiederum der jetzt geltenden Politik zugute kommen muß. Gehört Fürst Bismarck aber auch in Zukunft, das wird seiner Fügung unmissantirte Unzufriedenheit genügt und Vergebung betreiben, dann werden immer weitere Kreise sich zu dem Satz heften, der kürzlich an entscheidender Stelle gesprochen wurde: „Es ist mir nicht an zu sehen, wie die dieser große Mann seinen Namen zerpflückt.“

## Deutsches Reich.

\* Berlin, 17. Febr. Gestern Abend wohnten der Kaiser und die Kaiserin in der Villa Urania bei dem Generaladjutanten Reichs-Ministers veranfaßten Musikaufführung bei. Heute Vormittag hörte Se. Maj. auf dem Rückwege von einer Spazierfahrt im Innenwärtigen Amt einen kurzen Vortrag des Staatssekretärs des Lehrern, Herrn v. Marckhoff, und nahm dann im königlichen Schloß noch die regelmäßigen Vorträge entgegen. Die Kaiserin Friedrich behielt gestern nachmittag das ständige Kronentanz am Friedrichsplatz. Heute vormittag hatte die Kaiserin Friedrich der Gräfin v. Brunnberg, welche am Morgen aus Petersburg auf der Durchreise wieder hier eintraf, einen Besuch ab. Heute Abend gebent Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin Margarete über Köln, Bonn und Coblenz ihre Reise nach England anzutreten.

ad. Berlin, 17. Febr. Aus einer der italienischen Votisch nachbetenden Quelle erfährt ich, daß das neue Kabinet in Rom unter dem Druck der mehr als misslichen Finanzlage ganz erhebliche Abstreichungen am Budget für Krieg und Marine beschloßen hat. Es bebar wohl seiner weiteren Vereinfachung, daß dieser Schritt, welcher dem Dreihundprogramm diametral widerspricht, hier in den leitenden Kreisen tief verstimmt hat. Es werden dadurch den anderen Verbündeten neue Opfer, neue Kälteungen geradezu aufgedrungen. Italien sinkt durch solche Wendung, welche man hier an den beteiligten amtlichen Stellen

leider nicht rechtzeitig vorausgesehen hat, immer mehr auf das Niveau eines unruhigen u. Verbündeten herab, und läßt es sich begreifen, daß diese Abtreichungen in Paris und Petersburg freudlich applaudirt werden. Alle Abmachungen des deutschen Vorkriegs sind erfolglos geblieben. Nummer nicht die Eile, mit welcher General v. Caprivi bei seinem Regierungsantritt den Treibend als eine Pflicht der Selbsterhaltung proklamirte. Besser wäre es gewesen, die anderen Verbündeten an sich heranommen zu lassen, anstatt ihnen den Glauben betrugbringer, Deutschland löme dieser Allianzen um keinen Preis eintreten.

Berlin, 17. Febr. Der Ober-Marshallmeister v. Rauch dessen Abtlesungsbuch bereits vom Kaiser genehmigt worden, hat wie wir gestern schon in einem Privattelegramm meldeten, nunmehr einen Nachfolger gefunden. Es ist das Graf Wedel, zur Zeit in derselben Stellung am weimarer Hofe. Die bestreite Ernennung, welche offiziell noch nicht bekannt ist, wurde bereits unterfertigt, und wird der neue Ober-Marshallmeister schon in nächster Zeit von seinem Amt Besitz ergreifen.

Berlin, 17. Febr. Bei Hofe und in auswärtigen Amt hat der Besuch des russischen Votischafers in Friedrichruh allgemein Verwunderung und den Verdacht nachgerufen, es handle sich dabei um etwas mehr wie um eine verpönte Anlaufbesuche. Diefelbe war übrigens, wie ich einschalten möchte, schon der Weisheit an dieser Stelle angeklagt worden. . . Gerüchtweise verlautet, der Graf habe gerade jetzt, wo sich der gegen den Fürsten inszenirte offizielle und offiziöse Preßkrieg verhärtet hat, das Bedürfnis empfunden, ihn mündlich Alexander II und seiner Verteidigung zu versichern. Insofern gewinnt diese Unterfahrt ungewissheit eine sehr augenfällige politische Färbung, welche die guten Beziehungen zwischen Berlin und dem Venatambel freilich unter einem eigenhümlichen Gesichtswinkel erscheinen läßt. Am Ende läßt es sich wohl begreifen, daß man in der Wilhelmstraße, wo man darauf gerade jetzt besonderen Werth legt, in geringem Grade erbaudt ist.

Aus Dresden erhalten wir in Ergänzung und Beistätigung des gestrigen Telegramms folgende verbürgte Mittheilungen: In den offiziellen Kreisen in Berlin und hier wird der Besuch des Grafen Schwalowoff in Friedrichruh als das Lebhafteste erörtert. Der russische Votischafte, ein persönlicher Verehrer und Freund des Fürsten Bismarck, ist bekanntlich einer der vorzüglichsten Diplomaten der Gegenwart, der in irgendetwas schwierigen Fällen nimmermehr Schritte auf eigene Faust hin zu thun pflegt. Siderem Vornehmen nach ist er dementsprechend vom Zaren zu diesem bedeutamen Ausfluge in den Sachsemland ausdrücklich ernannt worden, und zwar mit Rücksicht auf ganz bestimmte Umstände, welche sich einwischen jedoch noch der öffentlichen Besprechung entziehen. Anlässlich verläutet auf das allerbestimmteste, daß Graf Schwalowoff in Kürze seinen berliner Posten verlassen und in Rußland für eine anderweitige, seinen hoch-aristokratischen Neigungen mehr entsprechende Stellung Verwendung finden wird. Bei Hofe spricht man von einem bevorstehenden Wechsel bereits wie von einer vollendeten Thatfache, und wird die Reise nach Friedrichruh bis zu einem gewissen Punkte damit in Verbindung gebracht. Graf Schwalowoff sieht sich dem Grunde des Fürsten Bismarck, den er aufrichtig schätzte, bekanntermaßen an der Spree nicht mehr wohl. General v. Caprivi, welcher es am guten Willen gewiss nicht hat fehlen lassen, war bei seinem etwas frohigen Naturell nicht in der Lage, sich ebenfalls die Freundschaft dieses Diplomaten zu erwerben, so daß derselbe sich schon seit Monaten mit dem Wunsche getragen hat, diesen ihm unbehaglichen Verhältnissen recht bald enttrickt zu werden. . . Defekt wird er darin noch durch ein unvorstellbares Unbehagen seiner Gemahlin, welche — wenn ich den Ausdruck eines hier anlässigen russischen Fürsten gebrauchen darf — sich aus menschlichen Gründen am besten Hofe nicht mehr wohl fühlt. In gewissen Votischafte und weiterhin in den berliner einflussreichen Kreisen erfahren die Meinungen über den Hof, an welchem neuerdings viele neue Erscheinungen aufgetaucht sind, überhaupt immer mehr eine Wandlung; es scheint, daß diese kritische Ansehung auch von der Gräfin Schwalowoff geteilt wird. Aus derselben durchaus zuverlässigen Quelle verlautet übrigens, Graf Schwalowoff sei vom Zaren zum Generalgouverneur von Moskau, also zu einem der höchsten Aemter in Ausicht genommen, dessen jetziger Inhaber seines vorgeordneten Alters wegen sehr bald in den Ruhestand versetzt werden soll.

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck als politischer Cenfor“ veröffentlicht die Allg. Ztg., wie schon an anderer Stelle erwähnt, einen Artikel, in welchem sie gegen die angebliche Preßfreiheit des ehemaligen Reichskanzlers ihren Tadel ausspricht. Das Blatt sagt u. a.:

„Große Männer gehören nicht sich selbst, sondern der Nation an, und wir empfinden es als eine Verletzung und Verletzung eines jeden Weltbürgers, der Nation, als welches wir das Ansehen des Begründers des Deutschen Reiches betrachten, wenn im deutschen Volke sich die Annahme festsetzt, daß Fürst Bismarck ein großer Mann und ein kleiner Mensch sei. Gerade weil uns das Ansehen großer und verbortener Männer als ein kostbarer Besitz gilt, können wir nur mit Schmerz und Ingrimm sehen, wenn Fürst Bismarck, der groß und politisch hinter dem deutschen Reichswagen herläuft, gewiß hat der allerbitterste Staatsmann unter Umständen sogar die Pflicht, seine gewaltige Stimme zu erheben; diese Pflicht entsteht aus dem Gedanken, daß man



Abg. Müller (natl.) tritt den Ausführungen des Staatssekretärs bei.  
Abg. Schrader (dir.) hält eine Vergrößerung der Gewerbe, für welche Ausnahmen zulässig sein sollen, wie sie der Antrag Vebel wolle, zur Zeit noch nicht möglich ist, da die Verhältnisse aller einzelnen Gewerbe augenblicklich nicht übersehen können. Der Antrag Guffelich entwirft zumächst der deutschen Bevölkerung. Eine sehr schwerwiegende Gründe dürfe der Reichstag das ihm verfassungsmäßig zuzuschreibende Recht nicht preisgeben, indem um sich nicht einer Vermehrung für die Zukunft auszulassen. Der Reichstag werde getreu zu beherzigen sein wie der Bundesrat, und Bundesrat und Reichstag zusammen unter Mitwirkung der Öffentlichkeit und aller Beteiligten werde jedenfalls besser informiert sein, als der hinter verschlossenen Thüren arbeitende Bundesrat allein. Auch beim Bundesrat wechselten die Majoritäten zu Anfang 1890, so die Majorität des Bundesrats gegen Mitte 1890 für das schiedlichste Gesetz gewesen. Staatssekretär v. Bötticher hält keine Zweckmäßigkeit beider aus; der Sache eine politische Bedeutung zu geben, liege kein Anlaß vor.

Nach unerbittlicher weiterer Debatte wird unter Ablehnung der Anträge Vebel und Dr. Guffelich's Sätze 1 und 10a angenommen.

§ 10a läßt Ausnahmen durch die oberen Verwaltungsbehörden zu, die aus Rücksicht auf das konjunkturbelebende zu, die aus Rücksicht auf die Verfassungsmäßigkeit (Bund oder untergeordnete Behörden) notwendig erscheinen. Ein Antrag Guffelich's, die Summe will diese Ausnahmen auch auf die Betriebe mit „vorwiegend“ durch Bund oder regelmäßigem Besitztum bewegten Zwickeln.

Abg. Müller beantragte den Antrag aus Rücksicht auf die kleinen Betriebe zu Anfang 1890, so die Majorität des Bundesrats gegen Mitte 1890 für das schiedlichste Gesetz gewesen. Staatssekretär v. Bötticher hält keine Zweckmäßigkeit beider aus; der Sache eine politische Bedeutung zu geben, liege kein Anlaß vor.

Abg. Vetter (Centrum) ist gleichfalls gegen eine Erweiterung der Ausnahmen. Bei vielen Betrieben, die speziell mit Wasserkraft, nicht sich anderswoher herleiten lassen, werden es sehr schwer zu entscheiden sein, ob sie vorwiegend mit Wasserkraft betrieben werden.

Abg. Vebel (Soz.) spricht die Befürchtung aus, daß von dem Antrage nur die größeren Betriebe Nutzen haben würden. Abg. Dr. Guffelich (dir.) legt Wert nicht auf eine radikale Veränderung, sondern auf eine heitere, allmähliche Fortbildung des Arbeiterrechts. Aus diesem Wunsch ist sein Antrag entstanden.

Nach weiterer unerbittlicher Debatte wird § 10a mit dem Antrage Guffelich's angenommen. Darauf verlag das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Brennführer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 17. Febr. 11 Uhr.

Das Haus legt die Beratung der Einkommensteuervorlage mit der gegen abgelehnten Debatte über § 17 (Steuer-Tarif) und die gegen abgelehnten Anträge Richter, Widert, Dr. Enneccerus zur Ermäßigung der Einkommensteuer, dem Antrag Vagen auf Umstellung des Höchstbetrags von 3 Proz. fort. Abg. Febr. v. Joditz (freis.): Ich bitte alle Abänderungsanträge zu verwerten und die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. Für den Satz von 4 Proz. bei den höchsten Einkommen würde vielleicht die Möglichkeit bestehen, daß die vermögenden Leute nicht offenbart deklarieren würden, aber ich halte, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil so verfahren wird; ich habe mehr Vertrauen zu diesen Leuten. Auch die Befürchtung, daß diese reichen Personen sich veranlaßt sehen werden, nach Städten mit geringeren Kommunalsteuern zu ziehen, ist übertrieben. Alle diese Besen müssen aber vor dem Moment der Berechnung der Einkommensteuer die Einkommen von 100,000 M. können leichter 4 Proz. zahlen als Leute mit Einkommen von 4000 M. 2 Proz. Wir können nicht einen geringeren Prozentsatz annehmen als 4 Proz., weil dann die mittleren Klassen nicht in der Weise entlastet werden können, wie die Kommission es vorsieht. Das hier herauskommende Geld geht den Kommunen zu gute kommen. Man darf auch nicht mit den inhaltslosen Nebenarten kommen, daß in Preußen zu hoch oder zu niedrig eingeschätzt wird. Herr Richter ist mit seinen Ausführungen in der Budgetkommission des Reichstages abgefallen, und eben so ist es hier geschehen. Seine Forderung auf die lex Huene liegen im Widerspruch mit dem Inhalt des Antrages, den er in Beziehung auf dieser Beziehung gemacht hat. Die Einkommen aus der lex Huene sind ein sehr unwahrscheinliches Fundament für Sätze auf das Ergebnis der Steuer. Welche Wirkungen würde die vom Abg. Richter geforderte Herabsetzung der Getreidezölle von 40 Proz. auf die lex Huene haben? Nicht 30 Millionen, sondern 17 1/2 Millionen würden nicht bleiben, wenn man die 15 Millionen für die Staatskasse abgibt.

Der Antrag Richter würde die Durchführung der Steuerreform zu einem Hindernis machen. Aber der Antrag Richter führt auch zu Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sowohl gegenüber der Saale wie der Kommunalbesteuerung. Man wird es nicht als ein Einkommen erachten, wenn man die mittleren Einkommen zu Klassen der unteren ermäßigt. Durch die Deklaration werden gerade die höheren Klassen mehr belastet, denn zu den Mittelklassen gehören größtenteils diejenigen, die ein festes Einkommen haben. Und daher werden auch die mittleren Klassen nicht mehr Kommunalsteuern zu zahlen haben als bisher. Nach dem Antrage Richter würden aber die unteren Klassen zu Gunsten der mittleren, welche zu nicht mehr zu zahlen haben werden, belastet. Bei den Reichstagsarbeiten hat Abg. Richter den unteren Klassen vorgerechnet, wie sie durch die Nebensteuern belastet werden, hier aber bezeichnet er mit Rücksicht auf die anders liegenden Landtagsverhältnisse die mittleren Klassen als die mehr belasteten. Der Kommissionsvorschlag enthält durch die Ermäßigung des Tarifs bei den unteren und mittleren Klassen eine Verbesserung der Regierungsvorlage, deswegen nehmen Sie jene an.

Zwischen ist ein Zusatzantrag Vagen zum Antrag Enneccerus eingegangen, nach welchem auch in diesem Entschluß der Regierungsvorlage der höchste Steuerfuß nicht 3 Proz. des Einkommens übersteigen soll. Abg. Meibed (nl.): In keinem Staats Deutschlands geht der Prozentfuß über 3 Prozent hinaus. Welcher Grund war für die Kommission, festzustellen zu sein als der Höchstfuß selbst? Die Regierung hat sich auch in der Kommission dagegen ausgesprochen und eine solche Erhöhung hat die Verleger gegenwärtig aus dem Lande treiben oder wenigstens aus dem Elbgebiet zu dem Kommunalsteuern. Darum bitte ich, den Antrag Enneccerus mit dem Zusatz Vagen anzunehmen.

Abg. Febr. v. Huene (Str.): Der Satz von 4 Proz. ist durchaus kein übermäßig. Seit von 30,000 M. an steigt in der Prozentzahl allmählich bis 4 Proz. Ein Zuschlag von 1 Proz. über 9,000 M. hinaus bedeutet einen naturgemäßen Zuschlag zu dem, was über das Einkommen hinausgeht, das zu einem landesgemeinen Leben gehört. Es bedeutet auch einen wirksamen Zuschlag auf die ungenügende Kapitalbildung, die unsere sozialen Verhältnisse gestützt hat. Der ibrige Satz bedeutet auch keine Erhöhung, sondern eine Ermäßigung, und diese letztere hebt eine

Ungerechtigkeit auf, welche bisher gegen die niederen Einkommen bestanden hat. Darum ist die Selbstentlastung vollkommen gerechtfertigt, denn diejenigen, welche bisher zu wenig gezahlt haben, müssen eben diese Summe in andere Hände bringen und das zu wenig Gezahlte dem Staat zur Disposition stellen. Man darf nicht denken, daß man entlastet, sondern muß nur bedenken, daß den höchsten Schichten eine härtere Belastung aufgebürdet wird.

Abg. Febr. (Str.): Ich würde am liebsten für die Regierungsvorlage stimmen. Die Erhöhung auf 4 Proz. halte ich für sehr richtig. Es doch nicht konstant, bei 100,000 M. stehen zu bleiben. Aus demselben Grunde, wenn man Einkommen von 100,000 M. mit 4 Proz. belastet werden, könnte man ja Einkommen von 200,000 M. mit 5 Proz. belasten und immer so weitergehen. Was man sich mit diesem Satz an der Zelle oder den anderen Sätzen. Was es denn überhaupt nützlich, diesen hohen Satz zu nehmen, so auch ohne ihn ganz erhebliche Heberhebung erzielt werden? Die Deklaration wird eine unpopuläre Maßregel sein, und doppelt unpopulär durch die Erhöhung der Sätze auf 4 Proz. Die Industriellen, welche davon betroffen werden, sind schon genügend durch die Arbeiterausgabe belastet. Zweifellos werden die mittleren Einkommen eine Ermäßigung der Tarife eingezogen werden, die Kommunalsteuern zu erhöhen. Die Erklärung des Finanzministers, daß die Kommunen einen anderen Tarif wählen können, kann uns nicht beruhigen. Es wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als den Staatseinkommen zur Unterlage annehmen. Die Verwendung der Heberhebung zur Verbesserung der Grund- und Gebäudesteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Der zweite Votensatz erregte mir die Salsa der Kommission, weil sie gerade besonders die Wohlberedung in der Kommune verdrängen muß. Da rufe ich insbesondere meinen politischen Freunden zu, die Rhodus, wie sollte! Der Bericht der Kommission, die Wohlberedung auszugleichen, ist nicht genügend. Dazu würde ein weiterer Schritt in die Richtung nötig sein, und ein solcher ist für mich nicht erträglich. Ich würde mich für die Regierungsvorlage. Sollte aber die Kommissionsvorlage beliebt werden, so bitte ich wenigstens, den Antrag Vagen ganz anzunehmen.

Abg. Dr. Sartorius (natl.): Ich erkläre mich in erster Reihe für die Kommissionsvorlage, halte aber auch für möglich, für den Antrag Enneccerus zu stimmen. Ferner möchte ich bitten, den Antrag Vagen anzunehmen. Die Ausführung des Abg. Richter über die Doppelbelastung der mittleren Klassen, welche Aktien besitzen, halte ich nicht für richtig; der Antrag Vebel behauptet eine solche Doppelbelastung. Eine Veranlassung der Grund- und Gebäudesteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Der zweite Votensatz erregte mir die Salsa der Kommission, weil sie gerade besonders die Wohlberedung in der Kommune verdrängen muß. Da rufe ich insbesondere meinen politischen Freunden zu, die Rhodus, wie sollte! Der Bericht der Kommission, die Wohlberedung auszugleichen, ist nicht genügend. Dazu würde ein weiterer Schritt in die Richtung nötig sein, und ein solcher ist für mich nicht erträglich. Ich würde mich für die Regierungsvorlage. Sollte aber die Kommissionsvorlage beliebt werden, so bitte ich wenigstens, den Antrag Vagen ganz anzunehmen.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.): Mein Antrag ist nicht, wie der Finanzminister sagte, so nobelhaft wie der des Abg. Richter. Mein Antrag ist ganz anderer Charakter. Bei der Annahme des Antrages Richter würde die Höhe der Einkommen schifflich gesenkt, welche nötig sind zur Durchführung der Steuerreform. Unsere ganze wirtschaftliche Finanzreform wird dadurch in Frage gestellt. Mein Antrag will nur gewisse einzelne Sätze herabsetzen. Denn in der Kommissionsvorlage werden die mittleren Einkommen zum Teil noch zu stark herabgezogen. Es ist nicht gerechtfertigt, bei 100,000 M. Einkommen 2 1/2 Proz. festzusetzen. Mein Antrag will die Degression von 11,500 M. beginnen lassen. Die Kommission hat den Satz für die Einkommen von 7000-10,000 M. gegenüber dem bestehenden erhöht. Diese Einkommen sind doch nicht so hoch, daß eine

solche Entlastung neben der Deklaration gerechtfertigt sein könnte. Mein Antrag will nur diese Ungerechtigkeit beseitigen, welche kommt er nicht besonders in Betracht. Wenn auch 1,191,000 M. weniger einkommen, so steht dem die Befreiung der Aktien-geldschaften und die Wirkung der Deklaration entgegen, und der Finanzminister selbst hat gesehen in dieser Beziehung angebend. Mein Antrag will nur diese Ungerechtigkeit beseitigen, welche kommt er nicht besonders in Betracht. Wenn auch 1,191,000 M. weniger einkommen, so steht dem die Befreiung der Aktien-geldschaften und die Wirkung der Deklaration entgegen, und der Finanzminister selbst hat gesehen in dieser Beziehung angebend. Mein Antrag will nur diese Ungerechtigkeit beseitigen, welche kommt er nicht besonders in Betracht. Wenn auch 1,191,000 M. weniger einkommen, so steht dem die Befreiung der Aktien-geldschaften und die Wirkung der Deklaration entgegen, und der Finanzminister selbst hat gesehen in dieser Beziehung angebend.

Abg. Vetter (national). Für einen Teil meiner Freunde erkläre ich mich für die Kommissionsvorlage stimmen werden, wenn die Beschlüsse der Kommission in allen Punkten mehr zu be-rücksichtigen scheinen als die Regierungsvorlage. Den Beschlüssen gegen den Satz von 4 Proz. lege ich wenig Gewicht bei, und die Deklaration wird nicht dupliziert werden, wenn wir den Satz um 1 Proz. herabsetzen. Von einer Konstatation des Vermögens kann nicht die Rede sein, denn die Kommunalbesteuerung wird der Tarif der Kommission dadurch nicht unangenehm einfließen haben. Außerdem wird es ja auch den Kommunen später gestattet sein, einen anderen Tarif später anzuwenden. Die niedrigeren Sätze der Anträge Richter und Widert sind für mich nicht annehmbar, weil ich um der besseren Form willen die Heberhebung aus der Steuer nicht müssen lassen. Dessenfalls im Prinzip einverstanden mit dem Antrage Enneccerus und empfehle die Kommissionsvorlage mit diesen Änderungen. Nicht der Höchstfuß halber, sondern weil ich die weitere Steuerreform nicht notwendig halte, will ich ein Demagogie und nicht ein unangenehmer Abg. Richter. Ich möchte gerne wissen, ob ein angestrebter wäre die Frage der Umstellung zu erledigen, als da wo es sich um ein neues Steuerrecht mit erhöhten Einnahmen handelt. Der Finanzminister hat einen Widerspruch konstatieren wollen zwischen meinen geringen Ausführungen und meinen Darlegungen in erster Sitzung, welche ich ebenfalls nicht in meiner Absicht, daß die indirekten Steuern die unteren Klassen am meisten belasten, nicht doch nicht im Widerspruch dazu, daß mein Antrag die Mittelklassen Entlastungen schaffen will, ohne dadurch die niederen Klassen zu schädigen. Ich bin nur auch festbewogen der Meinung, daß immer das das Beste ist, was zum Besten der unteren Klassen ist, und deshalb ist ein Demagogie und nicht ein unangenehmer Volksvertreter, der Gerechtigkeit verlangt. Macht man meinen Antrag aber die Belastung der unteren Klassen zum Vorwurf, so ist dasselbe doch gegen alle Anträge hier zu machen. In dem Maße, wie man die Einkommensteuer für die niederen Klassen für die Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Abg. Müller: All die Trends über die Gerechtigkeit, mit denen ich mich sehr beschäftigen möchte, sind nicht weniger wichtig, doch die in der ersten Sitzung von allen Neben gewinnliche Entlastung der Mittelklassen von der Kommission nicht geschöpft ist. Mit Unrecht hat der Finanzminister behauptet, der Deklarationszins bedeute eine Entlastung für die Mittelklasse. Warum denn? Nicht der Schenken eines Besondere ist bei der Einkommensteuer, welche ich insofern für sehr bedenklich, als eine solche Maßnahme derjenigen Mittelbegehren und Ungerechtigkeiten hervorruft, welche nicht Grundbegehren sind. (Sehr richtig! links.) Nach den Beschlüssen der Volkschul-Kommission ist auch zu befürchten, daß der Kultusminister den Satz für sich behalten wird.

Aussergewöhnlicher Gelegenheitsverkauf. Reinwollene Tricot-Tailen und Blousen J. Lewin, das Stück 150 Pfg. 4 Markt 4.

Gestickte Einsegnungsröcke 1,25—12,00.  
Seidene Einsegnungstücher mit Spitze 0,60—6,00.

**Ph. Liebenthal & Co.**

Untere Leipzigerstrasse 103.

# Atelier für Herren-Moden!

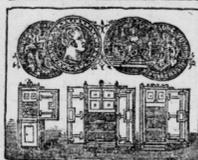
Den **Eingang** meiner **Neuheiten** für die **Frühjahrs- und Sommer-Saison** in **deutschen, englischen und französischen Stoffen**, beehre ich mich hiermit ganz ergebenst anzuzeigen.

Halle a. S., den 17. Februar 1891.  
Gr. Steinstrasse 16  
vis-à-vis „Café Bauer“.

**F. J. Schultz.**

**Confirmanden-Hüte,  
Handschuhe und Cravatten**  
empfiehlt  
**Christian Voigt,**

Halle a. S., Schmeerstraße 33/34.



**Chr. Böttcher,**  
Halle a. d. S., Lindenstraße,  
empfiehlt feuer u. diebstahlsichere  
**Geld- und Bücher-Schränke**  
mit Stahlpanzer in nur bewährter  
Ausführung, desgl. Cassetten, complete  
Tresor-Einrichtungen für Banken.  
Illustr. Preislisten franco.

**Herm. Graeger Nachf.**

Inh. August Hoske.  
Fabrik für

**Bierdruckapparate.**

Permanente Ausstellung.  
Größtes Specialgeschäft am Platze.

**Feinste Rügenwalder Gänsebrüste,**

Aboldey Gänseleber und ff. Teuffelsleberwurst, ff. Braun-  
schwäbischer Cervelat, Weiss, Fenchel- und Pfefferwurst, ff. deli-  
caten Lachsfilets und gef. Schinken, Junge, Moradella,  
echt Thüringer Roth- und Jungefleisch.  
Täglich frische Frankfurt- und Braunkrüder Siedewürstchen,  
Braunschweiger Rauchbuden.

**Straßburger Gänseleberpasteten,**

per Terrine von 1,70 Mk. an.  
Feinsten Altrach, Pericariar, per Pfd. 10 Mk.  
Großköstigen Altrach, per Pfd. 4,50 Mk.

**Delicateßheringe**

in Bonillon, Champignon, Senf, Mirer-Bissles, Tomaten  
und Weinsauce, per Dote 1,20 Mk.  
Mal, Sächs, Sommer in Gelée, per Glas von 1,20 Mk. an,  
Mittl. Sardinen, per Glas 40 Pfg. Christ-Anchovis, per Glas  
40 Pfg., Berliner Mollschäpfe, per Glas 6—10 Stück, 50 Pfg.,  
Nürnb. Schinkenauflauf, per 1 Bund-Glas 80 Pfg., Ems-  
burger Färsen-Neunungen, per Stück 40—50 Pfg.

ff. iattigen Schweizer, Holländer, Camer, Roquefort,  
Camembert, Neuchâtel, Schlotz, Straßburger, Schachtel,  
Goldbinder, Kräuter- und Hamburger Käse, Wiener Appetit-  
käsechen, Nieheimer Weinkäsechen, echt Mainzer Sandkäse  
empfehlen

**Gleim & Windmüller,**  
Leipzigerstraße 95/96. — Fernsprecher 534.

Haupt-Contor: **Louis Sachs** Zager u. Werkstätten:  
Thüringerstr. 2. Thüringerstr. 2.  
Fernsprecher 316. Halle a. S. Fernsprecher 316.

empfiehlt: I Träger in allen Profilen, desgl. L und Walzeisen,  
gusseiserne Bausäulen, Unterlagsplatten, Anker etc., Wellbleche,  
bei billigster Preisberechnung und schneller Lieferung.

Baueisen- und Wellblech-Constructionen, eiserne Treppen aller Art  
werden sachgemäß mit angefertigt.



Bis 500 mm hoch und 14 Mtr. lang.

**J. Lindenhahn  
Halle's.**

Königsstrasse 8. — Forsterstrasse 39.

Schmiedeeiserne gewalzte

**I Träger. I**

**Säulen**

aus Schmiede- u. Gusseisen.

Eisenbahnschienen.

Antertigung

von

Eisenconstructionen; Gewächshäusern

Stalleinrichtungen aller Art:

zu billigsten Preisen

Kostenanschläge gratis!

**Porz.-Meister**

empfiehlt à Dutzend 55 A  
Niederlage der Lettiner Porzellan-Manufactur,  
Halle a. S., Poststraße 12.

Halle, Charlottenstr. 5

Kostfreie mündliche  
Ankünfte ertheilt  
der Verband  
der Ver-  
eine  
den  
Reisenden  
seiner Mitglie-  
der an allen Verei-  
nplätzen. 300 Vereine!

Bevollm. Emil Haussier

**Pianos, Harmoniums**  
zu Fabrikpreisen, Theilz., 10jähr.  
Garantie. Free-Frobenstimmung be-  
willigt. Preisliste und Zeugnisse  
sich zu Diensten. Pianofabrik  
**Georg Hoffmann**, Komman-  
dantstr. 20. Berlin SW. 19.

Fabrik v. Kautschukstempel  
gr. Schlam 4.  
**Alfred Plautsch, Halle a. S.**

Wer keine Badeeinrichtung hat,  
schreibe an die Hof. Fabrik L. Weyl,  
Berlin W. 41. Preisacta gratis.

**Briefmarkensammlung**  
zu kaufen geirnt.  
**W. Cohn, Berlin, Luckauerstraße 9.**

**Zappendorf.**  
Sonntag den 22. d. M. von Abends  
7 Uhr an großes Gefangs-Concert  
des Langenbögner Gefangs-Vereins  
„Harmonie“, wozu freundlich ein-  
ladet  
**A. Knof.**

**Haltenmark.**  
Sonntag den 22. Februar Masken-  
ball, wozu ergebenst einladet  
Der Kriegerverein.

**Cachemires, Fantasiestoffe,**  
schwarz und farbig, schwarz und farbig,  
**Tricottailen, Jackets,**  
schwarz und farbig, schwarz und farbig,

empfiehlt in  
großen  
Sortimenten  
recht  
preiswerth

**Alex Michel**

kleinschmieden 45.

**Dannendecken, Steppdecken, Reisedecken, Wollene Schlafdecken und Pferddecken**  
empfiehlt in reicher Auswahl

**H. C. Weddy-Poenicke.**

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Geidel.